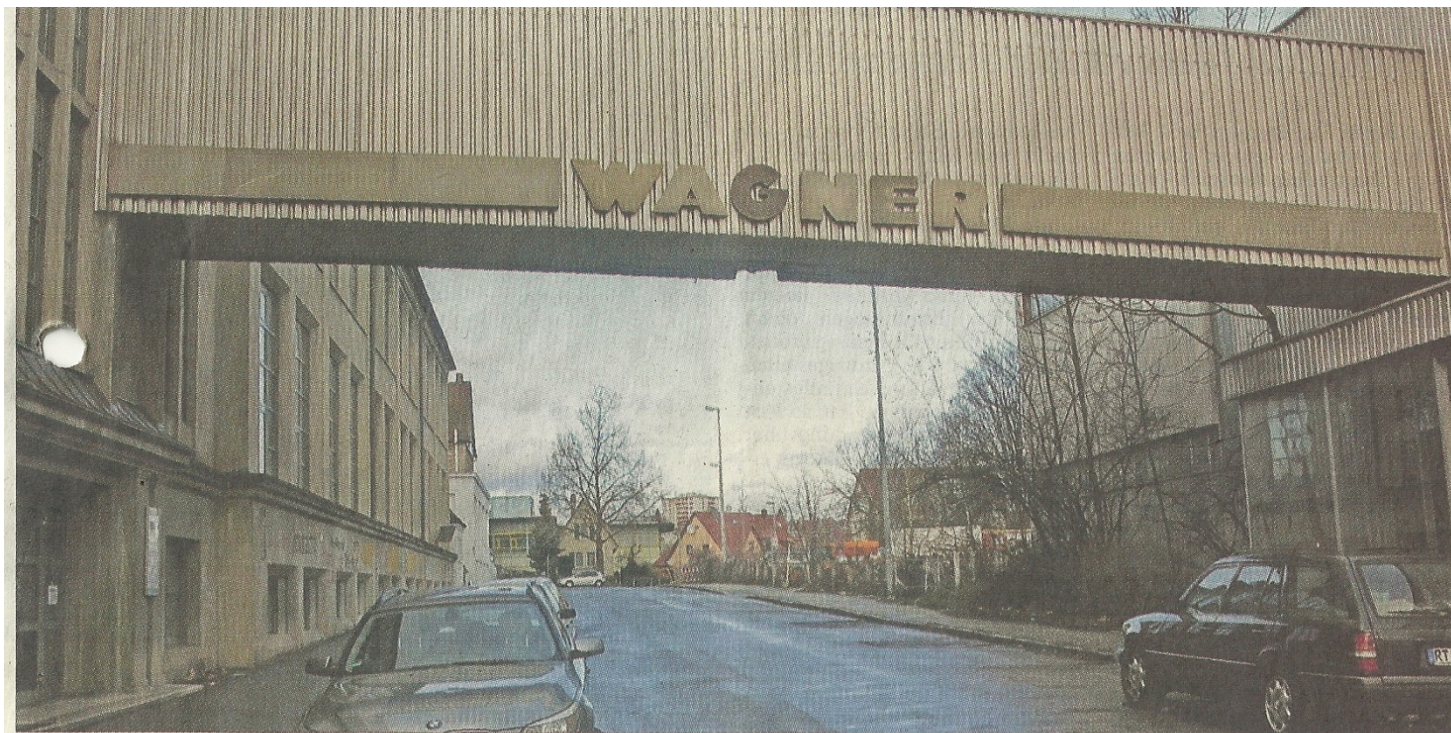


3. Januar 2013



Das einstige Firmengelände von „Wagner am Buckel“: Rechts hinten soll das Studentenwohnheim entstehen.

Foto: Peter Andel

Studenten statt Gewerbe

Rat billigt Aufstellungsbeschluss: Bebauungsplan auf dem „Wagner-Buckel“

Einstimmig hat der Gemeinderat auf seiner jüngsten Sitzung die Aufstellung des Bebauungsplans „Gustav-Wagner-Straße“ beschlossen. Auf dem „Wagner-Buckel“ soll ein Studentenwohnheim entstehen.

PETER ANDEL

Reutlingen. Etwa 6,3 Hektar groß ist das Gebiet, auf dem einst die Werkzeugmaschinenfabrik Gustav Wagner auf dem nach ihm im Volksmund genannten „Wagner-Buckel“ produzierte. Heute ist das Areal zwischen Bauhaus und dem Jugend-

haus Bastille weitgehend eine Industriebrache mit ein paar Zwischennutzungen. Nachdem hier seit zehn Jahren nichts mehr passiert ist, stellte sich die Frage nach einem neuen Nutzungskonzept.

Anlass für die Aufstellung eines Bebauungsplanes, der vom Gemeinderat einstimmig gebilligt wurde, sind aktuelle Grundstücksverkäufe an der Gustav-Wagner-Straße und eine Bauvoranfrage für ein neues, drei- bis vierstöckiges Studentenwohnheim. Außerdem, so der Leiter des Amts für Stadtentwicklung und Vermessung, Stefan Dvorak, sollen auf dieser kernstadtnahen Höhenlage auch einige Mehrfamilienhäuser gebaut werden.

„Bedauerlich“ findet es SPD-Fraktionschef Helmut Treutlein, dass es in all den Jahren nicht gelungen sei, hier Gewerbe anzusiedeln. Der „Wagner-Buckel“ sei schon immer

Bauvoranfrage für das Studentenheim liegt bereits vor

eine klassische Industriebrache gewesen. Jetzt stehe die Stadt vor einem „typischen Konflikt“: Soll man wertvolle innerstädtische Gewerbe-Areale zugunsten von Studentenwohnheimen und Wohnhäusern aufgeben? Nachdem nun aber

eine Bauvoranfrage vorliegt, müsse die Stadt reagieren. Genau um dieses Reagieren ging es Gabriele Janz (Grüne). Nach ihrer Auffassung wäre es besser, solche Brachflächen mal zu definieren, um dann auch agieren zu können.

Hans Hubert Krämer (FWV) flocht ein, dass man für diese umgewandelten Gewerbe- und Industrie-Brachen ja auch Ersatzflächen schaffen könne. Mit dem Beschluss kann die Verwaltung mit dem Baugesetzbuch steuernd eingreifen. Es gelte nun, die Potenziale der Flächen näher zu inspizieren. Dazu zählt auch, wie Gabriele Gaiser (CDU) weiß, eine „nicht billige“ Altlastenuntersuchung.